

P1-Beschluss Innenministerien grün besetzen!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 10.03.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

1 Die vergangenen Monate waren geprägt von zunehmender Repression. Ob gegenüber
2 Geflüchteten, Demonstrierenden , gegenüber Umweltaktivist*innen ,
3 Journalist*innen oder im Fall von Überwachungsmaßnahmen der gesamten
4 Gesellschaft gegenüber. Schon länger beobachten wir autoritäre Tendenzen in der
5 Innenpolitik.

6 Der Rechtsruck verschärft eine Situation, in der das bloße Hinterfragen von
7 staatlichem Handeln, sei es der Polizei oder von Geheimdiensten, schon als
8 radikal gilt. Das Hinterfragen von staatlichem Handeln ist aber keine
9 linksradikale Praxis - es ist das Grundprinzip des Rechtsstaats. Als GRÜNE
10 JUGEND NRW werden wir weiterhin das Handeln von Polizei, Geheimdiensten,
11 Ministerien und Justiz hinterfragen und kritisieren. Wenn wir deshalb als
12 linksradikal bezeichnet werden, können wir damit gut und gerne leben.

13 Unsere Gesellschaft befindet sich an einem Scheidepunkt. Wollen wir mehr von
14 unseren Rechten aufgeben, nur um vermeintlich viel Sicherheit zu erhalten? Oder
15 wollen wir frei, unbeobachtet und ohne Angst leben? Wollen wir eine Politik, die
16 auf Abschottung zielt oder auf eine erfolgreiche Einwanderungsgesellschaft? Viel
17 zu oft gehen bei Regierungen unter grüner Beteiligung die Innenministerien an
18 Andere. Es darf nicht länger ein unausgesprochenes Gesetz sein, dass in einer
19 Koalition das Innenministerium an die restriktivste oder konservativste Partei
20 in der Koalition gehen. In dieser schwierigen Zeit müssen GRÜNE mutig sein. Wir
21 fordern mehr GRÜNE Innenministerien!

Vielfalt statt Leidkultur

23 Die jüngsten GroKo Verhandlungen haben gezeigt, welchen Anstrich eine Große
24 Koalition einem Innenministerium geben möchte: Heimat und Abschottung.

25
26 Man versucht dem Rechtsruck hinterherzulaufen und eine Leitkultur politisch zu
27 konstruieren, anstatt das Demokratieverständnis und die enorme Wichtigkeit von
28 Menschenrechten in unserem Grundgesetz für unsere Gesellschaft zu fördern. Wir als
29 Grüne Jugend NRW setzen uns für das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung
30

31 eines jeden Menschen ein. Freie und aufgeklärte Bürger*innen sind ein
32 Grundfeiler für eine von Repressionen befreite Gesellschaft. Daher fordert die
33 Grüne Jugend NRW, dass jeder Schüler* und jede Schülerin* des Landes NRW ihre
34 Bürger*innenrechte und Menschenrechte in der Schule kennen- und die
35 Funktionsweise unserer Demokratie verstehen lernt, um sie in die Lage zu
versetzen, ihre Rechte einzufordern.

36 Gelungene Integration fällt bei der Bemühung, dem Rechtsruck hinterherzulaufen
37 und eine Leitkultur zu konstruieren, hinten über. Stattdessen sollen umfassende
38 Asylrechtsverschärfungen kommen.

39 Mit den geplanten Sammellagern, Residenzpflicht und der Ausgabe von
40 Sachleistungen zwingt die GroKo Geflüchtete in die Isolation. Durch ein
41 lächerliches Kontingent für die Familienzusammenführung stürzt sie Geflüchtete
42 desweilern in Jahre der Unsicherheit und der Angst. Die Ausweitung der sicheren
43 Herkunftsländer und gar Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan tun ihr
44 übriges. Wer Schutzbedürftige so behandelt, hat kein Interesse an einer
45 vielfältigen und erfolgreichen Gesellschaft, sondern spielt das Spiel der
46 extremen Rechten. Wir lehnen diese Politik entschieden ab! Stattdessen setzen
47 wir auf eine dezentrale Unterbringung, Bewegungsfreiheit und ein Recht auf
48 Familienzusammenführung als Voraussetzung für gelungene Integration in den
49 Kommunen.

50 Wir erkennen an, dass es hierbei nach wie vor großen Nachholbedarf gibt. Dafür
51 muss aber Geld in die Hand genommen werden! Die Große Koalition verwehrt den
52 Kommunen die nötigen Mittel um Integration gelingen zu lassen - gleichzeitig
53 verkauft sie eine kommunale Überforderung als Argument für
54 Asylrechtsverschärfungen. Sie betreibt damit weitere Abschottungspolitik auf dem
55 Rücken der Geflüchteten und der Kommunen. Integrationsmittel müssen durch Bund
56 und Land so großzügig angelegt sein, dass sie ambitionierten kommunalen
57 Integrationskonzepten gerecht werden können, statt nur zögerlich Geld
58 nachzuschießen. Migrantinnen und Migranten, aber auch Geflüchtete sind eine
59 große Chance für unser Land. Wir müssen ihnen nur die gleichen Chancen einräumen
60 wie dem Rest unserer Bevölkerung. Neben Sprachkursen und der Arbeitsvermittlung
61 sollte der Bund massiver in sozialen Wohnungsbau investieren, um Menschen die zu
62 uns kommen, den Einstieg zu erleichtern.

63 Damit die Integrationsaufgaben nicht weiter hintenüberfallen, unterstützen wir
64 die GRÜNE Forderung nach einem eigenständigen Einwanderungs- und
65 Integrationsministerium, in dem alle migrations-, flüchtlings-, integrations-
66 und staatsangehörigkeitsrechtlichen Abteilungen zusammengefasst werden. Wir
67 fordern außerdem ein progressives Einwanderungsgesetz, dass auf Chancen und
68 nicht auf Leistung abzielt und Amnestie-Regelungen für all diejenigen, die sich
69 ohne Status in Deutschland aufhalten. Kettenduldungen ohne Perspektive müssen
70 endlich abgeschafft werden. Wir setzen uns außerdem für ein ius soli Prinzip bei
71

72 der Staatsbürgerschaft und die Möglichkeit zur doppelten Staatsbürgerschaft ein.
73 Alle Menschen, die in Deutschland leben, sollten außerdem das Wahlrecht
74 eingeräumt bekommen. Eine gerechte Gesellschaft für Alle gibt es nur mit
gleichen Rechten für Alle!

75 **Digitale Revolution nicht als Chance der Überwachung, sondern als Chance der**
76 **Freiheit begreifen!**

77 Repressive Innenpolitiker*innen zeichnen sich insbesondere durch ihre
78 Überwachungsfantasien aus. Instrumente, wie die Vorratsdatenspeicherung, wurden
79 schon mehrmals vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig bezeichnet und sogar
80 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte untersagt. Dennoch geht die
81 Vorratsdatenspeicherung weiter. Mehr noch: Innenministerien fördern Projekte zum
82 Ausbau der Videoüberwachung und ihre intelligente Vernetzung und tüfteln fleißig
83 an Staatstrojanern, die unsere Computer und Handys ausspähen sollen.

84 Damit muss Schluss sein! Die digitale Revolution ist eine Chance für die
85 Freiheit und den Aufbruch - nicht für mehr Überwachung. Wir wollen frei leben -
86 sowohl offline, als auch online.

87 Eine progressive Innenpolitik schützt die Rechte der Bürger*innen. Dazu gehört
88 auch ein wirksamer Datenschutz. Wir fordern die konsequente Umsetzung der EU-
89 Datenschutzgrundverordnung. Die Datenschutzbehörden, die den Innenministerien
90 unterstellt sind und die unabhängigen Landesdatenschutzbeauftragten, brauchen
91 mehr personelle Ressourcen um ihren Aufgaben nachzukommen. Ebenso brauchen sie
92 weitere Sanktionswerkzeuge, die dann aber auch wirksam sein müssen um die
93 Einhaltung des Datenschutzes verfolgen zu können.

94 Auch im Einsatz finden digitale Ressourcen immer mehr Anwendung. Die
95 Polizeistatistik hat einmal im Jahr, bei ihrer Präsentation, ihren großen
96 Auftritt und sie hat politische Folgen. Aufgrund der Polizeistatistik werden
97 Probleme identifiziert und Lösungen vorgeschlagen, Politiker*innen kritisiert
98 oder gelobt. Dabei ist fraglich ob die Statistik in der Regel das aussagt, was
99 sie glaubt auszusagen. Zahlen aus der Polizeistatistik finden dann ihren Weg in
100 sogenannte Pre-Policing Systeme. Städte wie München oder Berlin nutzen bereits
101 entsprechende Systeme, ohne das überhaupt bewiesen wurde, dass sie zu einer
102 höheren Aufklärungsrate führen.

103 Wir fordern eine enge wissenschaftliche Begleitung der Erhebungen von
104 Polizeistatistiken und ihrer Anwendung im Einsatz. Eine großangelegte Forschung
105 auch im Bereich der Dunkelziffern muss dabei zwingend komplementär zu
106 Polizeistatistiken verwendet werden. Der Einsatz von Pre-Policing Systemen darf
107 nicht dazu führen, dass auf sich selbst bezogene Gefahrengebiete entstehen und
108 Bürger*innen noch mehr ein Gefühl der Unsicherheit vermittelt wird. Vielmehr
109 müssen sie dazu dienen, Präventionsarbeit zu leisten.

110 **Aus Versagen lernen: Geheimdienste müssen in die Demokratie passen - nicht die**
111 **Demokratie zum Geheimdienst!**

112 Islamistischer Terror ist zu einem globalen Problem geworden. Mit dem Anstieg
113 des Terrors stieg auch die Angst der Menschen. Wir verurteilen jede Gewalt und
114 jeden Anschlag aufs Schärfste! In unserer freien Gesellschaft lassen wir uns
115 nicht von Terror einschüchtern. Fuck Daesh und Konsorten!

116 Der Fall Anis Amri hat gezeigt, dass Geheimdienste in ihrer Kernaufgabe versagt
117 haben. Und nicht nur das: Die Geheimdienste des Verfassungsschutzes und des
118 Bundesnachrichtendienstes sind immer noch eine Black Box. Auch für
119 Politiker*innen ist es oft schwer nachzuvollziehen, was innerhalb eines
120 Geheimdienstes vor sich geht. Häufig verschweigen die Geheimdienste selbst
121 gegenüber Politiker*innen wichtige Informationen, die im Nachhinein durch
122 Untersuchungsausschüsse geklärt werden müssen.

123 Fälle wie beim Nationalsozialistischen Untergrund, bei dem der Verfassungsschutz
124 massenhaft Akten vernichtet und somit eine umfassende Aufklärung unterbunden
125 hat, dürfen sich nicht wiederholen. Gerade vor dem Hintergrund eines
126 gesellschaftlichen Rechtsruckes, der Bewaffnung von Reichsbürger*innen und
127 ganzen Landstrichen, in denen sich Nazis als organisierte Zellen
128 zusammenschließen, muss es staatliche Aufgabe sein, den Terrorismus von Rechts
129 im Auge zu behalten.

130 In der Aufklärung darf sich die Politik nicht den Geheimdiensten anpassen - die
131 Geheimdienste haben sich an die parlamentarische Kontrolle der Politiker*innen
132 anzupassen. Mehr noch, die parlamentarischen Kontrollrechte und -pflichten
133 müssen weiter ausgebaut werden! Ein Kontrollgremium alleine reicht nicht.
134 Verantwortlichen Politiker*innen muss der Zugang zu den Geheimdiensten und zu
135 allen Akten zu jeder Zeit erlaubt werden. Nur so kann parlamentarische Kontrolle
136 gelingen.

137 Darüber hinaus lehnen wir Geheimdienste als solche ab und wollen sie langfristig
138 abschaffen. Geheimdienste stehen in einem Widerspruch zu einer demokratischen,
139 offenen und aufgeklärten Gesellschaft.

140 Wir stehen weiter zu unserer Forderung der Abschaffung des Verfassungsschutzes.
141 Der NSU-Skandal zeigte, dass der Verfassungsschutz seine Aufgabe nicht erfüllt.
142 Statt seinem Namen gerecht zu werden und die Verfassung zu schützen, beschäftigt
143 der Verfassungsschutz V-Leute und unterstützt damit rechte Strukturen und
144 offenbar sogar den NSU. Darüber hinaus beobachtet er friedliche, linke
145 Aktivist*innen, statt gewaltbereite Neonazis und andere Rechte zu verfolgen und
146 strafrechtlich relevante Erkenntnisse zu bringen.

147 Bis die Abschaffung der Geheimdienste mehrheitsfähig ist, setzen wir uns für
148 eine stärkere parlamentarische Kontrolle ein. Die verschiedenen Landesämter für
149 Verfassungsschutz sind überflüssig, das Bundesamt soll abgeschafft und neu als
150 Zentrale zur Gefahren- und Spionageabwehr aufgestellt werden.

151 Prävention ist immer besser als Nachsicht, deswegen fordern wir den Ausbau von
152 Peergroup Aussteiger*innenprogrammen in den Bereichen Islamismus/Salafismus und
153 der extremen Rechten. Prävention darf nicht nur in Moscheen anfangen, sondern
154 muss Jugendliche schon in der Schul- und Jugendzentrumssozialarbeit mitnehmen.

155 **Damit die Polizei zu einer Polizei der Bürger*innen wird**

156 Früher hieß es "Polizei - Dein Freund und Helfer". Doch was ist daraus geworden?
157 Nur wenige Menschen haben noch Vertrauen in der Polizei. Fälle wie in Herford,
158 bei dem nur eine kleine Videosequenz zur Belastung des Angeklagten dem Gericht
159 vorgelegt und der entlastende Teil herausgeschnitten wurde, mindern das
160 Vertrauen in die Polizei. Auch Demonstrierende machen Gewalterfahrungen mit der
161 Polizei. Menschen, die von der Polizei rechtswidrige Behandlung erfahren haben,
162 haben zwar immer die Möglichkeit sich vor Gericht zu wehren; aber nur sehr
163 selten Chance darauf dies erfolgreich zu tun.

164 Als GRÜNE JUGEND NRW wollen wir dahin, dass die Polizei zu Freund und Helfer*in
165 der Menschen wird. Deshalb muss sie zu einer Polizei der Bürger*innen werden.
166 Dazu gehört, dass die Polizei eine verhältnismäßige, notwendige Aufstockung des
167 Personals und der unterstützenden Ressourcen erfährt, um in Fuß- und
168 Fahrradstaffeln für Bürger*innen ansprechbar zu sein. Gerade bei
169 queerfeindlichen Straftaten fehlen oft vertrauenswürde und sensibilisierte
170 Ansprechpersonen innerhalb der Polizei, an die Geschädigte sich bei Bedarf
171 wenden können. Queerfeindliche Straftaten müssen als solche benannt und erkannt
172 werden! Auch, dass rechtswidrige Handlungen der Polizei muss unabhängig und
173 neutral verfolgt werden. Es ist offensichtlich, dass wenn Polizei gegen Polizei
174 ermittelt, entsprechende Interessenskonflikte vorliegen. Wir fordern: Schafft
175 eine anonyme Beschwerdestelle und eine unabhängige Ermittlungsstelle!
176 Unterstützt weiterhin Beratungsstellen für Betroffene von Polizeigewalt!

177 Ein weiterer Knackpunkt ist immer wieder die fehlende Möglichkeit der
178 Identifikation der Polizeibeamten. Daher ist die Entscheidung der
179 Landesregierung die Polizeikennzeichnung wieder zurückzunehmen auch so
180 katastrophal: Es zerstört weiter jedes Vertrauen. Daher fordern wir: Führt die
181 Kennzeichnungspflicht wieder ein!

182 Bodycams betrachten wir in diesem Zusammenhang nicht als ein nützliches
183 Instrument der Kontrolle der Polizei. Es ist uns schleierhaft wie eine Kamera
184 das Verhalten eines*einer Polizist*in kontrollieren soll, wenn sie auf die
185 Person gegenüber gerichtet ist und sich das Videomaterial in der Gewalt der

186 Polizei befindet. Wir fordern die Abschaffung von Bodycams!

187 Videoüberwachung schafft vielleicht punktuell das Gefühl von mehr Sicherheit,
188 aber zur Verringerung von Kriminalität oder gar deren Aufklärung sind sie nicht
189 geeignet. Straftäter*innen werden videoüberwachte Gegenden meiden; dass Problem
190 verlagert sich damit nur innerhalb einer Stadt. Übrig bleiben all diejenigen
191 Menschen, die von nun an Tag für Tag überwacht werden und ständig
192 aufgezeichnetes Videomaterial jedem Missbrauch offenstehen. Mehr Polizei auf den
193 Straßen kann derartige Kriminalitätsschwerpunkte besser auflösen. Eine derartig
194 gesteigerte Polizeipräsenz macht aber nur Sinn, wenn die Justiz angemessen
195 schnell arbeitet und Verhandlungen zügig nach der Festnahme beginnen können.

196 Die Ermittlung von Tatverdächtigen muss dabei immer tatsachengestützt sein. Ein
197 Racial Profiling, also die Behandlung von Menschen als Tatverdächtige aufgrund
198 ihrer zugeschriebenen Ethnie lehnen wir ab. Das Bundesverfassungsgericht hat
199 diese Position schon mehrmals ebenso vertreten. In der Realität findet Racial
200 Profiling jedoch nach wie vor regelmäßig statt. Diese Praxis muss konsequent
201 angezeigt werden und die Polizist*innen besser sensibilisiert und weitergebildet
202 werden, sodass Ermittlungstätigkeit auch ohne Rassismus möglich ist.

203

204 **Schwarz-Gelb rutscht ab in bayrische Verhältnisse**

205

206 Das vor einigen Wochen vorgeschlagene Sicherheitspaket der Schwarz-Gelben
207 Landesregierung geht dagegen den entgegengesetzten Weg einer bürgernahen
208 Polizei. Sie definiert das Ziel einer robuster wirkenden Polizei. Dazu gehört
209 für die Landesregierung auch der Einsatz von Elektroschockpistolen. Dass die
210 Landesregierung die Ermächtigungsgrundlage für Elektroschockpistolen schafft,
211 ohne dass diese überhaupt getestet sind, zeigt ihre krude Symbolpolitik. In der
212 Innenpolitik der neuen Landesregierung wird immer deutlicher: Schwarz-Gelb macht
213 blinde Rundumschläge auf Kosten von Bürger*innenrechten!

214 Dass sie vorschlägt, Menschen, die keine Straftat begangen haben, bis zu einem
215 Monat mit Möglichkeit der Verlängerung einzusperren, erinnert an türkische
216 Verhältnisse. Die Landesregierung dreht das Strafrecht vollkommen um: Bisher
217 galt, wo keine Verurteilung, da keine Strafe. Die Landesregierung möchte aber
218 wohl eher den Leitsatz: Wo ein Verdacht, da eine Strafe. Auch die Ausweitung der
219 Videoüberwachung und Staatstrojaner, wie im Sicherheitspaket vorgeschlagen, sind
220 ein massiver Eingriff in die Freiheit und Persönlichkeitsrechte!

221 Die FDP fällt als Bürgerrechtspartei offensichtlich vollkommen aus.

222 Innenminister Reul beweist wieder einmal, dass sein Innenministerium kein
223 Zusammenhalts-, sondern ein Polizeiministerium nach bayrischem Vorbild ist.

224 **Arbeitnehmer*innenrechte von Polizist*innen ernst nehmen**

225 Polizist*in zu sein heißt oft, einen Knochenjob mit unvorhersehbaren
226 Arbeitszeiten auszuführen. Gerade Großeinsätze verlangen Menschen im Einsatz

227 große Kräfte ab. Die strikte Einhaltung von Pausenzeiten, ebenso wie eine
228 angemessene Verpflegung ist daher unerlässlich. Oft häufen Einsatzkräfte hohe
229 Überstunden an, die durch komplizierte System innerhalb eines dreimonatigen
230 Zeitraums ausgeglichen werden müssen. Überarbeitete und gestresste
231 Polizist*innen können nicht im Interesse unseres Staates sein. Auch um die
232 Ausgleichung von Überstunden zu gewährleisten, fordern wir mehr Polizeikräfte
233 und eine Entlastung der Vollzugskräfte durch mehr Verwaltungskräfte. Eine
234 monetärer Ausgleich muss durch ein Langzeitkonto für Überstunden ergänzt werden.

235 Polizist*innen schützen oftmals in Großeinsätzen Fußballspiele und häufen dort
236 weitere Überstunden an. Klar ist: Fußballfans dürfen nicht unter Generalverdacht
237 gestellt werden! Vereine müssen verstärkt Verantwortung übernehmen und
238 zielgerichtet Fans vor Gewalttaten schützen. Es kann nicht sein, dass diese
239 Verantwortung auf den Staat und seine Einsatzkräfte verlagert wird. Deshalb
240 fordern wir die Vereine auf, mehr Geld in Präventionsmaßnahmen zu investieren
241 und konsequent gegen Vereinigungen vorzugehen, die Fußballspiele als Plattform
242 für Gewalt und/oder Rassismus missbrauchen. Vereine, die sich wie der SV
243 Babelsberg 03 müssen konsequent gegen Rassismus einsetzen, müssen dabei
244 unterstützt und nicht bestraft werden. Faninitiativen, die durch
245 Selbstverwaltung ihrer Kurve Einsatzkräfte entlasten, müssen von Vereinen mehr
246 unterstützt werden.

247 Polizist*in sein heißt auch, sich jeden Tag in Gefahrensituationen begeben zu
248 müssen. Dabei muss man sich im Zweifel auf Kolleg*innen verlassen können. Aus
249 diesem Grund ist es unersetzlich, konsequent gegen Diskriminierung und Mobbing
250 innerhalb der Polizei zu kämpfen. Interne Schulungen und Aufklärungsarbeiten für
251 Polizist*innen über queere Lebensbiographien bauen Vorurteile und
252 Stigmatisierungen ab. Es braucht Ansprechpartner*innen für queere Polizist*innen
253 und Anlaufstellen um homo- und trans*phobe Äußerungen innerhalb der Behörde
254 sichtbar zu machen und entgegen zu wirken. Ombudsleute als unabhängige
255 Beschwerdestellen sollten daher in jedem Kreis ein offenes Ohr für alle
256 Angestellten bieten. Eine psychologische Betreuung von Arbeitnehmer*innen ist in
257 solchen Fällen und für Polizist*innen, die Gewalt erfahren mussten, zu
258 gewährleisten. Wir verurteilen Gewalt gegen Polizist*innen im Einsatz.

259 **Freiheitsrechte ausbauen und verteidigen**

260 Ob der Pfefferspray-Einsatz in Hamburg oder die Wasserwerfer beim AfD-Parteitag
261 in Hannover. Häufig lassen die Einsatztaktiken der Polizei bei Demonstration
262 Zweifel an ihrer Verhältnismäßigkeit aufkommen. Für uns ist klar: Demonstrieren
263 gehen darf für niemanden ein Gesundheitsrisiko sein- weder für Demonstrant*innen
264 noch für die Polizei. Daher fordern wir als ersten Schritt das sofortige Verbot
265 von Pfefferspray und Pepperballs
266 . Der Einsatz von Wasserwerfern bei extrem kalten Bedingungen muss wie ein
267 Schusswaffengebrauch dokumentiert werden. Konsequent deeskalative Maßnahmen sind
268

269 immer vorzuziehen. Einen Einsatz von Pferdestaffeln lehnen wir zum Schutz von
270 Mensch und Tier ebenfalls ab.

270 Das Demonstrationsrecht ist ein starker Pfeiler der Meinungs- und Redefreiheit
271 in Deutschland. Die strafrechtliche Verfolgung von Demonstrant*innen darf nicht
272 dazu dienen, Menschen vom Demonstrieren abzuhalten oder abzuschrecken, sondern
273 einzig und allein der Verfolgung von begangenen Straftaten. Willkürliche
274 Repression wie die Festsetzung des Falken-Busses zum G20 Gipfel in Hamburg
275 untergraben das Demonstrationsrecht. Die Wahrung des Presserechts ist in jedem
276 Falle zu gewährleisten - ein willkürlicher Ausschluss von Journalist*innen
277 anhand von vorgehender kritischer Berichterstattung ist zu verurteilen und zu
278 verfolgen.

279
280 Nur mit einer freien und starken Presse können die Bürger*innen NRWs die
281 Tätigkeit der Regierung, Polizei und Geheimdienste nachvollziehen. Daher setzt
282 sich die Grüne Jugend NRW für eine Stärkung der Freien und Vielfältigen
283 Medienlandschaft NRWs ein. Pressevertreter*innen dürfen nicht, wie zuletzt bei
284 G20 Gipfel, ohne Angabe von Gründen in ihrer Arbeit eingeschränkt werden.
285 Angriffe, körperlicher oder verbaler Art auf investigative Journalisten*innen
286 müssen in Zukunft stärker durch die Polizei geahndet werden. Zudem muss sich das
287 Land, auch auf Bundesebene für freie Informationspolitik einsetzen.

288 Von einer Polizei unter einem GRÜNEN Innenministerium und auch generell erwarten
289 wir, dass sie Gerichtsurteile und die Gewaltenteilung achtet und nicht wie
290 beispielsweise im Zuge der G20-Proteste in Hamburg von Gerichten erlaubte
291 Protestscamps räumen lässt.

292 Nicht nur bei Demonstrationen, auch in ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement
293 sind Menschen Repressionen ausgesetzt. Anlasslose Durchsuchungen oder solche,
294 bei denen der Anlass viel Fantasie erfordert, sind für viele Aktivist*innen
295 schwerwiegende Eingriffe in ihr persönliches Engagement. Im schlimmsten Fall
296 können Menschen, auch solche die keine eigene Straftat begangen haben, als
297 Mitglied einer terroristischen Vereinigung verfolgt und bestraft werden. Das
298 muss aufhören und die GRÜNE JUGEND NRW fordert daher die ersatzlose Streichung
299 des §129a aus dem Strafgesetzbuch.

300 Ebenso muss die Verhältnismäßigkeit bei der Auflösung von Demonstrationen
301 gewahrt bleiben. Einen Demozug wegen PKK-Fahnen aufzulösen, wie in Köln
302 geschehen, ist nicht gerechtfertigt und wir bekräftigen an dieser Stelle noch
303 einmal unsere Forderung nach einer Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland.

304 **Glossar**

305 **Residenzpflicht:** Eine Residenzpflicht schreibt Geflüchteten vor, dass sie sich
306 nur in einem von den Behörden vorgegebenen Gebiet (meistens Kreis) aufhalten

307 dürfen.

308 **Sachleistungen:** Geflüchtete bekommen mit dem Sachleistungsprinzi kein Geld, dass
309 sie eigenständig verwenden dürfen, sondern müssen die Verpflegung, Kleidung und
310 weitere Gegenstände annehmen, die der Staat für sie bereitstellt.

311 **Amnestie:** Amnestie bedeutet, dass rechtliche Verstöße, die in der Vergangenheit
312 begangen wurden, für nichtig erklärt werden.

313 **Kettenduldungen:** Das deutsche Asylrecht unterscheidet von einem Aufenthaltstitel
314 und einer Duldung. Menschen, die in Deutschland nur geduldet werden, sind
315 weiterhin ausreisepflichtig. Dieser Status kann über Jahrzehnte für Betroffene
316 und auch ihre Kinder hingezogen werden, sodass zum Beispiel Kinder in Länder
317 abgeschoben werden, die sie noch nie betreten haben.

318 **ius soli Prinzip:** So nennt sich ein Staatsangehörigkeitsrecht, dass danach geht,
319 in welchem Land man geboren wurde.

320 **Vorratsdatenspeicherung:** Mit der Vorratsdatenspeicherung werden personenbezogene
321 Daten, vor allem Kommunikationsdaten wie zum Beispiel Telefonverbindungen die
322 man getätigt hat, beim Staat vorgehalten ohne dass ein aktueller Tatverdacht
323 besteht.

324 **Videoüberwachung:** Bezeichnet die Aufzeichnung durch Kameras im öffentlichen
325 Raum, die gespeichert wird.

326 **Videobeobachtung:** Bezeichnet die Aufzeichnung und Echtzeit-Auswertung von
327 Aufnahmen im öffentlichen Raum, d.h. ein*e Polizeibeamt*in sitzt in einer
328 Zentrale und reagiert auf Vorfälle.

329 **Staatstrojaner:** Auch Quellen-Telekommunikationsüberwachung genannt, bezeichnet
330 das Aufspielen von staatlicher Fremdsoftware auf ein Handy, Computer oder
331 Tablet, um dann die Zielperson auszuspähen.

332 **Pre-Policing Systeme:** Diese Systeme errechnen anhand von Kriminalitätsstatistiken
333 Wahrscheinlichkeiten dafür, dass in einer bestimmten Gegend Straftaten begangen
334 werden. Aus diesen Wahrscheinlichkeiten können dann die Behörden Rückschlüsse
335 ziehen, wie zum Beispiel die Entsendung von Streifenwagen in den betroffenen
336 Gebieten.

337 **Dunkelziffer:** Die Dunkelziffer ist die Anzahl der Verbrechen, die gar nicht erst
338 registriert werden, weil sie nicht angezeigt oder entdeckt werden.

339 **Daesh:** Ist eine alternative Bezeichnung für den von sich selbst so genannten
340 „Islamischen Staat“ und ist ein Akronym aus dem arabischen für "Der Islamische
341 Staat im Irak und der Levante". Er erkennt der Terrororganisation seinen
342 irrwitzigen Weltherrschaftsanspruch ab. Das Wort kann im Arabischen außerdem als
343 Bezeichnung für Fanatiker gebraucht werden.

344 **Black Box:** Bezeichnet ein System, dass nur von außen betrachtet werden darf. Die
345 Organisation und das Wissen im Inneren bleiben verborgen.

346 **Untersuchungsausschüsse:** Werden von Parlamenten einberufen, um einen Sachverhalt
347 aufzuklären.

348 **Reichsbürger*innen:** Diese verschwörungstheoretische Bewegung bestreitet die
349 Existenz Deutschlands als legitimen und souveränen Staat. Sie berufen sich auf
350 einen Weiterbestand des Deutschen Reiches entweder als Kaiserreich oder in den
351 Grenzen von 1937.

352 **Nationalsozialistischen Untergrund:** Kurz NSU, bezeichnet eine rechte Terrorzelle
353 in Deutschland, denen bis heute 10 Morde und zwei Sprengstoffattentate mit 23
354 Verletzten zugerechnet werden.

355 **Peergroup Aussteiger*innenprogramm:** Menschen mit ähnlichen Erfahrungen und
356 Hintergründen helfen Anderen, auszusteigen.

357 **Kennzeichnungspflicht:** Polizist*innen tragen auf Demonstrationen eine Reihe von
358 Symbolen und Zahlen auf ihrer Ausrüstung um sie eindeutig identifizieren zu
359 können. Diese Kennzeichnung kann sich von Demo zu Demo ändern.

360 **Bodycams:** Sind eine kleine Kameras, die auf dem Oberkörper von Polizist*innen
361 angebracht werden. Ab wann diese Kameras aufzeichnen, wird in verschiedenen
362 Bundesländern unterschiedlich gehandhabt.

363 **§129a:** Dieser Paragraph wurde in Deutschland als Reaktion auf die Rote Armee
364 Fraktion (kurz RAF) eingeführt. Durch ihn können Menschen für eine angebliche
365 Mitgliedschaft in terroristischen Vereinigungen verurteilt werden, ohne jemals
366 an Straftaten der Vereinigung beteiligt gewesen worden zu sein.

Begründung

erfolgt mündlich.

P2-Beschluss Horst is watching you!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 10.03.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

1 In den letzten Jahrzehnten ist Überwachung zu einem festen Bestandteil
2 autoritärer Innenpolitik geworden. Die massiven Grundrechtsverletzungen können
3 längst nicht mehr mit dem "Krieg gegen den Terror" begründet werden. Der Staat
4 dringt in unsere Privats- und Intimsphäre ein um uns auszuspähen - alles unter
5 dem Vorwand der Sicherheit. Klar ist dabei auch: Mit mehr Überwachung stirbt
6 auch die Freiheit. Denn wer nicht abschätzen kann, was überwacht wird, passt
7 sein Verhalten an.

8 Die Parole "Wer nichts zu verbergen hat braucht nichts zu befürchten" darf
9 niemals akzeptiert werden. Gläserne Menschen sind nicht die Grundlage eines
10 demokratischen Rechtsstaates - sie sind die Grundlage eines autoritären
11 Unrechtsstaates.

12 Schluss mit der Vorratsdatenspeicherung!

13 Ein Beispiel für die Überwachungsfantasien für CDU und SPD ist der
14 innenpolitische Zombie der Vorratsdatenspeicherung. So ist es in seiner ersten
15 Fassung vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden. Doch
16 unter der Großen Koalition 2013 feierte es sein Revival - mehr noch, es sollte
17 sogar auf die Sozialen Medien ausgeweitet werden. Im Dezember 2016 erklärte der
18 europäische Gerichtshof dann die anlasslose Vorratsdatenspeicherung für illegal
19 - deutsche Gerichte bestätigten die Einschätzung. Seitdem ist die
20 Vorratsdatenspeicherung ausgesetzt - aber immernoch da.

21 Die Vorratsdatenspeicherung stellt jeden Menschen unter Generalverdacht. Die
22 anlasslose Speicherung von Nutzer*innendaten greift nicht nur in unsere
23 Privatsphäre ein - wir alle verlieren die Kontrolle über unsere Daten. Dabei ist
24 sogar der Nutzen der Vorratsdatenspeicherung äusserst umstritten. Wir fordern
25 ein Ende um die Symbolpolitik der Vorratsdatenspeicherung, sowie ihr endgültiges
26 Ende.

27 Staatstrojaner brechen in unsere Rechner ein - für ein Ende der Quellen-TKÜ!

28 Ein weiteres Instrument der gezielten Überwachung ist die
29 Quellentelekommunikationsüberwachung, bei der Endgeräte wie Handys und Computer
30 mit selbstentwickelten Trojanern infiziert werden, um sie auszuspähen. Dieser
31 heimtückisch gezielte und oft unbemerkte Angriff auf die Intimsphäre der
32 Betroffenen stellt eine Gefahr für unsere Demokratie dar. So wird die Quellen-
33 TKÜ mit der Bekämpfung des Terrors argumentiert - entsprechende Gesetze jedoch
34 bewusst offen gelassen, um auch einen anderweitigen Einsatz zu ermöglichen.

35 Wenn für die Verwendung der Quellen-TKÜ keine Bedingungen für deren Einsatz
36 definiert werden, könnten faktisch bei entsprechendem Verdacht sogar kleinere
37 Straftaten betroffen sein. Dabei ist nicht nur die Privatsphäre der mutmaßlich
38 verdächtigen Person betroffen - der "Beifang" beispielsweise von Chats betrifft
39 auch die Privatsphäre unbetroffener Menschen. Die Folgen sind kaum abzuschätzen.

40 Wir fordern deshalb ein Ende der Entwicklung und des Einsatzes der Quellen-TKÜ.
41 Ein Staat, der seine Bürger*innen hackt und in ihrer Privatsphäre schnüffelt
42 kann sich nicht als Rechtsstaat bezeichnen.

43 **Vernetzte Videoüberwachung mit Gesichtserkennung? Ein Albtraum für jede** 44 **Demokratie!**

45 Projekte wie am Berliner Südkreuz, bei denen Freiwillige sich von einer
46 vernetzten Videoüberwachung mit Gesichtserkennung überwachen lassen, zeigen den
47 aktuellen Trend in der Überwachung. Der öffentliche Raum soll nicht nur mehr
48 überwacht werden - er soll sogar intelligent, effizient und automatisiert
49 beobachtet werden.

50 Vorfälle in U-Bahnen mit Körperverletzung werden dabei als Vorwand genutzt, um
51 mehr Videoüberwachung zu fordern. Dabei verhindert Videoüberwachung keine
52 Straftaten. Mehr noch: Mehr Videokameras weiten das Überwachungsnetzwerk aus, in
53 dem Menschen intelligent und automatisiert mit Gesichtserkennung überwacht
54 werden. Auf diese Weise sind detaillierte Bewegungsprofile möglich.

55 Der Staat will wissen, wo sich ihre Bürger*innen befinden. Unsere Reise wird
56 genau beobachtet - welche Züge wir nehmen, wo wir aussteigen und wer uns auf der
57 Reise begleitet - dank der vernetzten Videoüberwachung mit Gesichtserkennung
58 weiß der Staat schon bald bescheid.

59 Ein Horror-Szenario für jede Demokratie! Vernetzte Videoüberwachung gefährdet
60 unsere Freiheit. Wir fordern deswegen ein Ende der Finanzierung der Forschung um
61 Überwachungssystemen zur intelligenten Videoüberwachung. Statt mehr Kameras
62 fordern wir die Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum - ohne Videoüberwachung.

63 **Europäische Projekte zur Super-Überwachung nicht mehr unterstützen!**

64 Doch die größten und gefährlichsten Projekte der Super-Überwachung werden von
65 der EU unterstützt. Bei ihnen geht es darum, sämtliche Überwachungssysteme zu
66 vernetzen. Auf diese Weise soll ein Super-Überwachungssystem entstehen, welches
67 die Daten von Sozialen Medien, Videoüberwachung, Polizeiakten, Wirtschaft und
68 viele mehr mit einander verbinden soll.

69 Solche Systeme sind nicht nur ein Traum für autoritäre Tendenzen und Diktaturen
70 - sie sind die größte Gefahr für unsere Freiheit und Demokratie! Es ist
71 abzusehen, dass diese Systeme zu einer staatlichen Kriminalisierung von
72 progressiven und antiautoritären politischen Bewegungen führen werden. Es wäre
73 das Ende des politischen Engagements und der Beginn eines autoritären
74 Polizeistaates.

75 Die von diesen Projekten angestrebte Super-Überwachung darf es niemals geben.
76 Wir fordern daher ein Ende der Forschung zur Vernetzten Überwachung auf EU-
77 Ebene.

78 Aktuell befinden wir uns in einer nicht enden wollenden Spirale des Ausbaus von
79 Überwachung. Für eine funktionierende Demokratie brauchen wir jedoch nicht mehr
80 Überwachung, sondern mehr Freiheit! Wir brauchen deswegen eine Trendwende in der
81 Innenpolitik - hin zu mehr Freiheit, weniger Misstrauen und ohne Überwachung.